

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **11.10.2017**, 17:19 Uhr - 19:44 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Olaf Bloch, Sven Gotthal, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann, Karin Reismann (ab 17:31 Uhr; TOP 3.2.3), Klaus-Peter Richter, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Elke Haves, Thomas Kollmann, Ursula Lorocho, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Christoph Kattentidt, Otto Reiners, Sylvia Rietenberg,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu (bis 19:34 Uhr; TOP 16), Gabriele Markerth, Arnold Voskamp,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Yanica Grachenova, Dr. Axel Iseke, Monika Jürgensmeier, Florian Meyer, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Joachim Bruns, Gaby Comos-Aldejohann, Doris Feldmann, Otmar Knüvener, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Margareta Seiling, Gudrun Sturm, Harald Wölter,

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 5. | V/0830/2017 Befristete Verlängerung des Betriebes der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) auf den Konversionsflächen der ehemaligen York- und Oxford-Kaserne |
| <u>V/0812/2017</u>
V | 6. | Dauerhafte Installation eines Kunstwerkes von Gerhard Richter in der Dominikanerkirche |
| <u>V/0648/2017</u>
VI | 7. | "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 1: "Thematische Leitlinien und strategische Entwicklungsziele" |
| <u>V/0866/2017</u>
V | 8. | Unternehmensgruppe Altenzentrum Klarastift / Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klarastift Service GmbH |
| <u>V/0513/2017</u>
V | 9. | Ehrenamt würdigen - Ehrenamtskarte NRW in Münster einführen |
| <u>V/0811/2017</u>
V | 10. | Transidentität und Gesundheit |
| <u>V/0804/2017</u>
V | 11. | Projekt Marischa - Jahresbericht März 2016 – August 2017 |

- | | | |
|-------------------------|-----|--|
| | 12. | Antrag auf einen Bericht "Heranziehung von Flüchtlingshelferinnen und -helfern aufgrund von Bürgschaften" - gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU an den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung |
| <u>V/0603/2017</u>
V | 13. | Effektiver Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer und Kindern vor sexualisierter Gewalt - auch in Unterkünften für geflüchtete Menschen, gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und CDU an den Rat (Nr. A-R/0031/2016) |
| <u>V/0721/2017</u>
V | 14. | Konzeption des Sozialdienstes für Flüchtlinge |
| <u>V/0732/2017</u>
V | 15. | Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2018 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| <u>V/0730/2017</u>
V | 16. | Basisinformationen Jobcenter |
| | 17. | Verschiedenes |

Herr Kollmann eröffnete um 17:19 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Frau Stadträtin Wilkens informierte die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung darüber, dass die Beratung der unter Punkt 5 der Tagesordnung aufgeführten Vorlage V/0830/2017 „Befristete Verlängerung des Betriebes der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) auf den Konversionsflächen der ehemaligen York- und Oxford-Kaserne“ abgesetzt werde.

Hintergrund sei, dass Vertreterinnen und Vertreter des Landes (u. a. Frau Regierungspräsidentin Feller und Vertreter des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW) Herrn Oberbürgermeister Lewe und dem Dezernenten des Oberbürgermeisters, Herrn Uetz am Abend des 10. Oktober 2017 in einem Gespräch aktuelle und neue zeitliche Überlegungen zum Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen in den beiden Kasernen mitgeteilt hätten. Aus diesem Grund sei es nach Rücksprache mit Herrn Oberbürgermeister Lewe und Herrn Stadtrat Heuer nicht sinnvoll, die Vorlage in den Sitzungen zu beraten.

Dezernat I und Herr Oberbürgermeister Lewe würden anstreben, über ein gesondertes Schreiben kurzfristig weitere Informationen für die Fraktionen zusammenzustellen. Hierfür sei verabredet, dass das Land die mündlich mitgeteilten Sachverhalte schriftlich in einem Vermerk zusammenfasse und der Stadt kurzfristig zuleite. Der Vermerk werde dann Grundlage für ein entsprechendes Schreiben sein.

Frau Winkel beantragte, die unter Punkt 7 der Tagesordnung aufgeführte Vorlage V/0648/2017 "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 1: "Thematische Leitlinien und strategische Entwicklungsziele" ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium zu schieben.

Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Weitere Änderungswünsche wurden nicht geäußert.

Punkt 3 der Tagesordnung Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung Eingänge

Herr Kollmann äußerte sein Befremden darüber, dass für die Vorlage V/0687/2017 „Lärmaktionsplan der Stadt Münster“ keine Beratung im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung vorgesehen und das Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten nicht beteiligt gewesen sei.

Herr Kollmann schlug vor, die Vorlage V/0687/2017 „Lärmaktionsplan der Stadt Münster“ im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz zu diskutieren. Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Punkt 3.2 der Tagesordnung Mitteilungen

Frau Arnkens-Homann

3.2.1 wies auf die nachfolgenden Unterlagen hin, die die Mitglieder vorab per mail erhalten hatten. Die Unterlagen sind der Niederschrift beigelegt.

- **Daten zur Flüchtlingssituation – Anlage 1**
Frau Arnkens-Homann stellte die wesentlichen Daten mündlich vor.
- **Informationen zum Münster-Pass – Anlage 2**
- **Save the Date - 10 Jahre Maßnahmenprogramm Kinderhaus-Brüningheide – Anlage 3**
Frau Arnkens-Homann wies auf die Veranstaltung „10 Jahre `Soziale Stadt` : Kinderhaus-Brüningheide – wohin gehst du?“ des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung und des Sozialamtes am Donnerstag, den 16.11.2017 von 17 bis 20:30 Uhr im Bürgerhaus Kinderhaus anlässlich des 10jährigen Bestehens des Maßnahmenprogramms Kinderhaus-Brüningheide hin.

Herr Reiners beantragte, über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Fraktion abzustimmen und den Punkt 14 bei einer Ablehnung dieses Antrages zur Entscheidung zu stellen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) abgelehnt und stattdessen beschlossen, den Punkt 14 mit dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Abstimmung zu stellen.

Punkt 5 der Tagesordnung	V/0830/2017 Befristete Verlängerung des Betriebes der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) auf den Konversionsflächen der ehemaligen York- und Oxford-Kaserne
---------------------------------	---

Die Beratung der Vorlage wurde abgesetzt (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

Punkt 6 der Tagesordnung V/0812/2017	Dauerhafte Installation eines Kunstwerkes von Gerhard Richter in der Dominikanerkirche
---	---

Frau Winkel beantragte, sich dem folgenden abweichenden Beschluss des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit und E-Government anzuschließen:

Beschlusstext:

I. Sachentscheidung

1.-7. Wie Vorlage

8. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob zur Beaufsichtigung des Kunstwerks ab 2019 auch Arbeitsplätze für Menschen, deren Eingliederung in den normalen Arbeitsmarkt besonders schwierig ist, wie z.B. Menschen mit einer Behinderung oder Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, eingerichtet werden können.

II. Finanzielle Auswirkung

Wie Vorlage

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage in der Fassung des abweichenden Beschlusses des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit und E-Government einstimmig ohne Aussprache und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass der Künstler Gerhard Richter bereit ist, ein neues Kunstwerk für den Innenraum der Dominikanerkirche zu konzipieren, umzusetzen und der Stadt Münster zu schenken. Das Kunstwerk besteht aus einem Foucault'schen Pendel, der gestalteten Bodenfläche unter dem Pendel (Schwingfläche) und vier paarweise gruppierten, großformatigen Glastafeln.
Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass lediglich die Kosten für die Herstellung und die Installation des Kunstwerkes durch der Stadt Münster zu tragen sind.
2. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, die Realisierung und Installation des Kunstwerkes von Gerhard Richter sicherzustellen, und Drittmittel einzuwerben.

3. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, ein Stiftungsmodell zu entwickeln, welches das für die denkmalgeschützte Dominikanerkirche geschaffene Kunstwerk von Gerhard Richter nachhaltig für die Zukunft sichert und für die Allgemeinheit zugänglich macht.
4. Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass sich durch die künftige Nutzung der Dominikanerkirche als Ausstellungsraum für das Kunstwerk von Gerhard Richter neue Möglichkeiten für unterschiedliche Veranstaltungsformate im Zentrum der Stadt ergeben.
5. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, ein Sanierungskonzept für die dauerhafte Nutzung der Dominikanerkirche sowie für die erforderliche Infrastruktur als Veranstaltungsort zu erstellen. Zu deren Finanzierung sollen auch Fördermittel des Städtebaus und des Denkmalschutzes beantragt werden.
6. Der Rat der Stadt Münster stellt für die Beaufsichtigung des Kunstwerkes von Gerhard Richter während der Öffnungszeiten der Dominikanerkirche Finanzmittel in Höhe von 25.000 € für den Haushaltsplan 2018 bereit.
7. Der Rat der Stadt Münster stellt die im Zusammenhang mit der Installation entstehenden erforderlichen investiven Finanzmittel in Höhe von 650.000 € zusätzlich für den Haushaltsplan 2018 bereit. Demgegenüber stehen in Aussicht gestellte Drittmittel in Höhe von 600.000 €.
8. **Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob zur Beaufsichtigung des Kunstwerks ab 2019 auch Arbeitsplätze für Menschen, deren Eingliederung in den normalen Arbeitsmarkt besonders schwierig ist, wie z. B. Menschen mit einer Behinderung oder Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, eingerichtet werden können.**

II. Finanzielle Auswirkung

Die o.g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0401	Kulturamt			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018	25.000	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Investitionsmaßnahme	Neu	Dominikanerkirche			
		Auszahlungen	2018	650.000	
		Einzahlungen	2018	600.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo					

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2018 nicht veranschlagt. Sie werden über Veränderungsblätter in die Haushaltsberatungen eingebracht. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 die Haushaltsmittel bereitstellt.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0648/2017**

**"Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" -
Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 1:
"Thematische Leitlinien und strategische Entwick-
lungsziele"**

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium geschoben (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0866/2017**

**Unternehmensgruppe Altenzentrum Klarastift / Än-
derung des Gesellschaftsvertrages der Klarastift
Service GmbH**

Nach kurzer Aussprache beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage mehrheitlich (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Gegenstimmen (SPD, DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Gesellschaftsvertrag der **Klarastift Service GmbH** wird in Paragraph 2 „Gegenstand des Unternehmens“ und in Paragraph 3 „Gemeinnützigkeit“ wie in der Synopse (Anlage 2) dargestellt geändert.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der städt. Haushalt ist nicht betroffen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0513/2017**

**Ehrenamt würdigen - Ehrenamtskarte NRW in
Münster einführen**

Frau Woldt stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster würdigt ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger Münsters in besonderem Maße. Um diesem besonderen Engagement Rechnung zu tragen, wird ab dem Jahr 2018 die Ehrenamtskarte NRW in Münster eingeführt. Die Akzeptanz der Karte wird zunächst in einer dreijährigen Pilotphase erprobt.

2. Die fachlich-konzeptionelle Steuerung liegt bei der FreiwilligenAgentur der Stiftung Si-verdes, die Ausgabe von Anträgen und Karten erfolgt zentral wie dezentral in den Bürgerbüros des Amtes für Bürger- und Ratservice.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018 den relevanten Personal- und Sachkostenaufwand über ein Veränderungsblatt zum Haushalt 2018 einbringen wird.
4. Damit sind die Anträge A-R/0028/2015 und A-R/0037/2016 (Anlage 1 und 2) erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0102	GF für politische Gremien, Städtepartnerschaften			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2018 2019 2020	40.000 40.000 40.000	

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0204	Bürgerangelegenheiten			
Zeile	11 13	Personalaufwendungen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Je 2018- 2020	3.000 2.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf 2018 nicht veranschlagt. Sie werden über Veränderungsblätter in die Haushaltsberatungen eingebracht. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 die Haushaltsmittel bereitstellt.

Punkt 10 der Tagesordnung Transidentität und Gesundheit **V/0811/2017**

Herr Kollmann erläuterte die Beweggründe für seine Anregung, das Thema „Transidentität“ in die Jahresplanung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung 2017 aufzunehmen und wies auf die Unterlagen von Herrn Felix A. Schäper hin, die die Mitglieder vorab per mail erhalten hatten. Herr Schäper ist im Organisationsteam der SHG TransIdent Münster und des TM/TJ-Stammtisches Münster sowie in der Trans*beratung Münster, Beratungsstelle der dgti NRW-Nord.

Herr Dr. Iseke stellt die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder. Mitglieder aller Fraktionen lobten die Vorlage.

Frau Rietenberg brachte den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 10**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung erteilte dem anwesenden Herrn Schäper Rederecht. Daraufhin informierte Herr Schäper zum Thema Transidentität.

Frau Winkel bot Herrn Schäper ein Gespräch über eine mögliche finanzielle Unterstützung an. Herr Reiners schlug Herrn Schäper vor, dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung eine Aufstellung über bewilligte und abgelehnte Leistungen der Krankenversicherungen zukommen zu lassen, um einen finanziellen Bedarf ausmachen zu können.

Herr Halberstadt regte an, die Vorlage in der geänderten Fassung auch dem Integrationsrat zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund des gemeinsamen Antrages von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig in der nachfolgend aufgeführten geänderten Fassung:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der ASSGVAF stellt fest, dass sich in Münster bereits spezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit transidentischen Empfindungen entwickelt haben. Zugleich ist aber davon auszugehen, dass weder in der Bevölkerung noch bei der überwiegenden Zahl der Beratungsstellen, arzt- und therapeutischen Praxen wie auch im System der Schule schon ein ausreichendes Wissen um das Thema Transidentität besteht. Trotz eines guten sekundären Versorgungssystems, insbesondere in der Selbsthilfe sowie im ambulanten und stationären Versorgungsbereich, besteht noch ein erheblicher Mangel im Bereich der primären Versorgung und Unterstützung.
3. Zu den Aufgaben gehört es,
 - das Thema Transidentität in der Stadtgesellschaft besser bekannt zu machen;
 - die Information der Betroffenen über die verschiedenen Beratungsangebote zu diesem Thema in Münster mit ihren Schwerpunkten und Unterschieden weiter zu verbessern und die Angebote barrierefrei zu gestalten;
 - die Institutionen der gesundheitlichen Versorgung in Münster für das Thema Transidentität noch stärker zu sensibilisieren und Informationen zu den entsprechenden Angeboten der Selbsthilfe, Jugendhilfe und gesundheitlichen Versorgung auszutauschen;
 - die verantwortlichen Personen im Bereich Schule und Jugendhilfe für das Thema Transidentität stärker zu sensibilisieren und die örtlichen Schulen mit den kommunalen Institutionen des Gesundheitsamtes, der Schulpsychologie sowie der Kinder- und Jugendhilfe für diese Arbeit stärker zu vernetzen. Hierzu gehört auch eine zielführende Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und deren Familien;
 - die Einbeziehung und Beteiligung der Selbsthilfe mit ihrer "peer-to-peer-Beratung" sicherzustellen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema Transidentität kontinuierlich zu begleiten, um die im Bericht genannten Ziele erreichen und die Aufgaben schrittweise umsetzen zu können.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0804/2017**

Projekt Marischa - Jahresbericht März 2016 – August 2017

Frau Grachenova stellte die Vorlage vor. Sie und Herr Dr. Schulze Kalthoff beantworteten Fragen der Mitglieder.

Mitglieder aller Fraktionen zeigten sich von dem Projekt beeindruckt und lobten die Vorlage.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Antrag auf einen Bericht "Heranziehung von Flüchtlingshelferinnen und -helfern aufgrund von Bürgerschaften" - gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU an den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung

Herr Kattentidt erläuterte den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der auf Wunsch beider Fraktionen als eigener Tagesordnungspunkt aufgenommen worden war. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 11**.

Frau Stadträtin Wilkens erläuterte die aktuelle Rechtslage sowie die Situation und die Praxis in Münster und wies auf die nur begrenzten kommunalen Handlungsmöglichkeiten hin. Sie sagte einen schriftlichen Bericht als Anlage zur Niederschrift mit einer Darstellung des Verfahrens in Münster zu. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 12**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig bei einer Enthaltung (FDP) und beauftragte die Verwaltung, zu diesem Sachverhalt und über die Situation und Praxis in Münster einen Bericht vorzulegen und dabei Lösungsmöglichkeiten und -wege aufzuzeigen, die im Rahmen von Einzelfallprüfungen keine finanziellen Belastungen von Flüchtlingshelferinnen und -helfer zur Folge haben.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0603/2017**

Effektiver Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer und Kindern vor sexualisierter Gewalt - auch in Unterkünften für geflüchtete Menschen, gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und CDU an den Rat (Nr. A-R/0031/2016)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig ohne Aussprache:

I. Sachentscheidung:

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nimmt die in der Begründung dargestellten Verfahren zur Kenntnis, die für Menschen mit besonderem Schutzbedarf in städtischen Flüchtlingseinrichtungen - insbesondere für Frauen und Kinder, alleinreisende Frauen und LSBTI*-Personen - entwickelt wurden.

Der Antrag Nr. A-R/0031/2016 vom 16. Juni 2016 „Effektiver Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer und Kindern vor sexualisierter Gewalt - auch in Unterkünften für geflüchtete Menschen“ ist hiermit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen sind mit diesem Beschluss nicht verbunden.

Punkt 14 der Tagesordnung V/0721/2017

Konzeption des Sozialdienstes für Flüchtlinge

Herr Kattentidt brachte den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein.

Frau Grönefeld stellte verschiedene inhaltliche Fragen zur Vorlage und erläuterte, dass sie statt der unter dem Punkt 2 des gemeinsamen Antrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL festgeschriebenen Zielquote von 50 % der Einrichtungen, die vergeben werden sollen, eine offenere Formulierung in Worten bevorzugt hätte.

Frau Winkel regte an, das Wort „Obergrenze“ (Im Konzeptentwurf auf Seite 10, 1. Absatz links) nicht zu verwenden.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Kollmann stellte den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Abstimmung.

Frau Winkel begründete, warum sie eine Diskussion ohne Beschlussfassung begrüßt hätte. Herr Scholz legte ebenfalls seine Argumente für eine Diskussion ohne Beschlussfassung dar.

Frau Winkel erklärte, dass die SPD-Fraktion nicht an der Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL teilnehmen werde.

Auch Herr Scholz erklärte, an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

Frau Winkel und Herr Scholz erklärten ausdrücklich zur Aufnahme in die Niederschrift, dass die Nichtteilnahme an der Abstimmung kein Statement in der Sache sei.

Frau Grönefeld beantragte, über die im Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL genannten Beschlusspunkte getrennt abzustimmen.

Herr Kollmann stellte daraufhin die Beschlusspunkte des Antrages der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Abstimmung:

1. Beschlusspunkt
Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP
2. Beschlusspunkt
Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Nein-Stimme von FDP
3. Beschlusspunkt
Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Enthaltung FDP
4. Beschlusspunkt
Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung hat die Vorlage in der Fassung des gemeinsamen Antrages von CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL beschlossen und dem Haupt- und Finanzausschuss empfohlen:

Die Berichtsvorlage erhält folgende Beschlusspunkte:

1. Der Rat der Stadt Münster hält an dem Ziel fest, eine möglichst hohe Zahl der geflüchteten Menschen auf dem freien Wohnungsmarkt unterzubringen. Bisherige temporäre Einrichtungen sollen möglichst schnell aufgegeben werden.
2. Um die Unterbringung von geflüchteten Menschen, die noch keine eigene Wohnung ihr eigen nennen, sicherzustellen, errichtet die Stadt Münster weitere feste, dauerhafte Einrichtungen. Anzahl und Standorte werden in einem gesonderten Verfahren vom Rat beschlossen. Beim Betrieb dieser neuen Einrichtungen setzt die Stadt Münster weiterhin auf die Mitarbeit der freien Träger. Unter Berücksichtigung aller fachlichen und personellen Komponenten setzt sich die Stadt Münster das Ziel, in Zukunft 50% aller Einrichtungen zu vergeben. Hierbei ist das vorgeschriebene Ausschreibungsverfahren anzuwenden.
3. Die Sozialverwaltung schlägt bei jeder Inbetriebnahme einer neu gebauten Einrichtung dem Sozialausschuss/Rat vor, ob die Einrichtung an freie Träger vergeben oder durch den Sozialdienst für Flüchtlinge der Stadt Münster betrieben werden soll.
4. Die Verwaltung wird sicherstellen, dass die von den freien Trägern in den Stadtteilen aufgebauten Netzwerke mit ehrenamtlichen Projekten fortgeführt werden können. Bei einem Trägerwechsel koordiniert der Sozialdienst der Stadt Münster den Übergang und stellt dabei die Weiterführung der ehrenamtlichen Arbeit sicher.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0732/2017**

Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2018 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Herr Bierstedt und Frau Jürgensmeier beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.):

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster nimmt die aktuell bestehenden sowie für das Jahr 2018 prognostizierten Eckwerte und Rahmenbedingungen zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) zu den Bundeszielen nach § 48b SGB II „Verbesserung der Integrationsquote“ und „Reduzierung der Langzeitleistungsbeziehenden“ im Rahmen folgender Korridore

Veränderung der Summe der Integrationen:
von +6,0 % bis +12,5 % (+ 185 bis + 385)

Veränderung des Bestands der Langzeitleistungsbeziehenden:
Von +4,0 % bis +7,5 % (+370 bis +700)

und zu dem voraussichtlichen weiteren Ziel des MAGS NRW „Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden“ im Rahmen des folgenden Korridors

Verbesserung der Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden:
von -2,0 % bis +1,5 % (+50 bis +105)

eine Zielvereinbarung abzuschließen.

3. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster stimmt der kommunalen strategischen Ausrichtung und den Handlungsfeldern des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2018 zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung der Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten für den städtischen Haushalt.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0730/2017**
Basisinformationen Jobcenter

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung
Verschiedenes

Frau Winkel regte eine Diskussion an über den Umgang mit Anträgen auf Weiterleitung von Vorlagen ohne Abstimmung an das nächste Gremium. Sie wünsche sich grundsätzlich eine Akzeptanz von Anträgen dieses Inhalts.

Herr Scholz unterstützte dieses Anliegen.

Herr Reiners und Herr Kattentidt signalisierten grundsätzliche Zustimmung, allerdings nicht mit Blick auf das unter Punkt 14 der Tagesordnung gewünschte Schieben ohne Beschlussfassung.

Herr Kattentidt erkundigte sich nach dem Zeitpunkt für aktuelle Informationen der Fraktionen zu dem unter Punkt 5 der Tagesordnung aufgeführten Thema der Erstaufnahmeeinrichtung. Frau Stadträtin Wilkens bekräftigte, dass Herr Heuer möglicherweise schon am 12. Oktober 2017 aktuelle Informationen erhalte, die dann unverzüglich weitergegeben würden.

Herr Kollmann machte deutlich, dass eine neue Vorlage zu dem Thema „Erstaufnahmeeinrichtung“ unbedingt im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beraten werden solle.

Herr Kollmann regte einen parteiübergreifenden Haushaltsantrag zur finanziellen Unterstützung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu den Haushaltsberatungen an. Er werde einen Antragstext als Vorschlag an die Fraktionen/Ratsgruppe geben.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung